Bezugsgebühr:

[illegible]

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.

Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pfg., Familiennachrichten 20 Pfg.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg.; als Eingesandt 2spaltige Zeile von Dresdner Aufgebern 75 Pfg., von auswärtigen 1 Mk. Bei Nummern nach Sonn- und Feiertagen: 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile als Eingesandt von Dresdner Aufgebern 1 Mk., von auswärtigen 1,50 Mk., Familiennachrichten Grundzeile 25 Pfg. — Die Preise der Inserate sind im Morgen- und Abendblatte dieselben. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

×SULIMA× Matrapas Feinste Cigarette zu 2½-10 Pf. pr. Stück

REINHARDT LEUPOLT SPECIALFABRIK FÜR GARTENSCHLÄUCHE DRESDEN-A. LAGER: Wettiner-Strasse Nr. 26 Ecke Reinhardt-Strasse

Kinder bekommen es nie überdrüssig. Cacao! Das Beste für den Magen. In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. Beleuchtungs-Gegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Vernickeln, Verkupfern, Vermessingen, Vergolden, Versilbern etc. aller Metallgegenstände Dresdner Vernicklungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse 1—3, Hofgebäude.

Nr. 113. Spiegel: Maifeier. Königsreise, Gartenbauausstellung, Hotelmißstände, Landeskulturrat, Gerichtsverhandlungen. Lotterieliste. | Mutmaßl. Witterung: Mild, veränderlich. | **Mittwoch, 24. April 1907.**

Die Maifeier

hat von vornherein einen ausgesprochen provokatorischen Charakter gegenüber dem Unternehmertum getragen. Der sozialdemokratischen Masse suchte die Führerschaft, die den Plan zur Erhöhung ihres Nimbus ausgeheckt hatte, den Gedanken dadurch schmackhaft zu machen, daß sie den revolutionär erhitzten Köpfen das Trugbild einer auf Kommando des Parteivorstandes sich vollziehenden allgemeinen Arbeitseinstellung vorgaukelte: „Alle Räder stehen still, Wenn Dein starker Arm es will.“ Die Führer selbst wußten natürlich nur zu wohl, daß sie damit den von ihnen am Gängelbande Geleiteten nichts als blauen Dunst vormachten. Ihnen kam es lediglich darauf an, ihren Machtkitzel auf Kosten der Arbeiterschaft zu befriedigen und auf die Arbeitgeber mittels einer neuen fortgesetzten Beunruhigung an allen Ecken und Enden ein Joch zu legen, das im Falle des Sieges der Sozialdemokratie zu unabsehbaren wirtschaftlichen und politischen Folgen hätte führen müssen. Auf seiten der Unternehmer erkannte man sofort den Kern der Sache und rüstete sich in ebendem Maße zu einer entschlossenen Gegenwehr, wie die Sozialdemokratie den mit der Maifeier unternommenen Vorstoß schärfer und schärfer zu einer umfassenden Machtprobe auszugestalten trachtete. Die entschiedenen Maßnahmen der Unternehmerschaft gegen die ihnen zugedachte Vergewaltigung verfehlten ihre Wirkung nicht. Lauer und immer lauer wurde in den Reihen der „Genossen“ die künstlich entfachte „Begeisterung“ für die Maifeier, die angeblich ein allgemeines „Weltfest der Arbeit“ sein sollte und je länger, desto mehr nur den Eindruck einer völlig verkrachten Aktion hinterließ. Die Arbeiter begannen, sich den empfindlichen Schaden zu besehen, den sie durch den Gehorsam gegenüber der Maifeier-Parole des Parteivorstandes davontrugen, und verglichen damit den Vorteil, der gleich null war. Schwere finanzielle Opfer, Zerstörung von Familienglück auf der ganzen Linie und die Schwächung des Standpunktes der organisierten Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum in erheblichem Maße: das war die Bilanz der Maifeier, die sicher nicht zum weiteren Fortschreiten auf der Bahn der sinnlosen Herausforderung der Arbeitgeber ermutigte. Wie stark die Abflauung in Sachen der Maifeier selbst in äußerst zielbewußten sozialdemokratischen Kreisen ist, beweist das Verhalten der Hamburger Hafenarbeiter, die, obwohl die aggressivste Richtung vertretend, in diesem Jahre auf jede Kundgebung zum 1. Mai überhaupt verzichtet und dadurch ein wesentliches Hindernis für den Friedensschluß zwischen ihrer Organisation und den Reedern aus dem Wege geräumt haben.

Am drastischsten tritt der völlige Mißerfolg der Maifeier in dem vom Parteivorstande im „Vorwärts“ erlassenen diesjährigen Aufrufe hervor, der unter der unvermeidlichen Beigabe einiger unter den obwaltenden Umständen krampfhaft-lächerlich anmutenden Ausfälle auf das nach „neuen Gewaltstreichen gierende“ Unternehmertum in der Empfehlung an die „Genossen“ gipfelt, „überall dort, wo die Gewißheit besteht, daß die Arbeitsruhe am Maitag zu einer Aussperrung führt, von einer Arbeitsruhe abzusehen“. Das heißt also mit anderen Worten, der Parteivorstand gibt sich unumwunden in der Frage der Maifeier als besiegt, als zur Strecke gebracht zu erkennen, indem er vor der Aussperrung durch die Arbeitgeber die Waffen streckt und denen, denen er anfänglich das Stillstehen aller Räder auf ihr Geheiß vorgegaukelt hatte, die Unterordnung unter die stärkere Macht des Unternehmertums anrät. Nachdem nunmehr der sozialdemokratische Parteivorstand selbst den Arbeitgebern durch den Hinweis auf die Gewißheit einer Aussperrung ein probates und unfehlbares Mittel zur Niederhaltung der Maifeier an die Hand gegeben hat, werden sich natürlich nur noch sehr wenige Betriebsleiter im Deutschen Reich finden, die sich auf das Zugeständnis einer Arbeitsruhe in irgendeiner Form am 1. Mai einlassen. Um so unverantwortlicher erscheint dann aber auch das Gebaren eines Teiles der sozialdemokratischen Presse, die dessenungeachtet fortfährt, für die Arbeitsruhe zu agitieren. Das ist wieder das alte, bekannte, verwerfliche Spielen mit den Existenzen der Arbeiter, die in gefährliche Unternehmungen kaltblütig hineingehetzt werden und dann, wenn es ihnen an den Kragen gegangen ist, die bittere Erfahrung machen müssen, daß die Partei sie ruhig auf dem Pflaster liegen läßt, ja, ohendrein noch mit heuchlerischem Getue ihre Hände in Unschuld wäscht durch den Hinweis darauf, daß sie ja die „Genossen“ „pflichtgemäß gewarnt“ habe, sich auf keine gewagten Experimente einzulassen.

Das diesmalige zahme Verhalten des sonst im ultrarevolutionären Phrasendrusch und im radikalsten Kraftmeiertum schwelgenden Parteivorstandes ist den „Genossen“ im Lande doch einigermaßen auf die Nerven gefallen. Der Widerspruch zwischen Worten und Taten tritt allzu grell in der Kundgebung hervor, um nicht den Parteimaulkorb hier und da ein wenig zu lockern und mehr oder weniger scharf zugespitzte rebellische Kritiken durchzulassen. So nennt das „Harburger Volksblatt“ den Rat des Parteivorstandes, dort, wo die Gewißheit einer Aussperrung bestehe, von der Arbeitsruhe abzusehen, eine „ungeheuerliche Empfehlung“ und meint, damit sei die Maifeier „einfach hinfällig geworden“, vom Parteivorstande „zu einer Farce herabgedrückt“ und „endgültig begraben“. Die „Fränkische Tagespost“ vermag nicht einzusehen, „warum eine Form des Aufrufs zur Maifeier gewählt wurde, die einer Warnung vor der Maifeier in einigen Sätzen verzweifelt ähnlich sieht“. Wenn die Gewißheit einer Aussperrung künftig ein zwingender Grund zur Unterlassung der Maifeier sein solle, so bedeute das „die Beseitigung der Maifeier überhaupt, soweit die Arbeitsruhe in Betracht kommt“, die „Abrüstung der Maifeier“. Nehme man die warnenden Sätze wörtlich, so habe die deutsche Sozialdemokratie die Verpflichtung, dem nächsten internationalen Kongreß in Stuttgart die Aufhebung der Maifeier vorzuschlagen.

Die Kommentare der sozialdemokratischen Blätter sprechen so sehr für sich selbst, daß man ihnen, soweit sie die eklatante Niederlage des Parteivorstandes in der Maifeierfrage feststellen, nichts hinzuzufügen braucht. Wohl aber ist noch einiges über die inneren Verhältnisse der Partei des Umsturzes zu sagen, die durch die Preisgabe der Maifeier durch den Parteivorstand — denn um eine solche handelt es sich nach Abzug aller verbrämenden Redensarten tatsächlich — in eine höchst interessante Beleuchtung gerückt werden, wenn man die Frage stellt: „Zu gunsten welcher Richtung in der sozialdemokratischen Partei hat der Parteivorstand in der Maifeierfrage abgedankt?“ Die Antwort lautet: „Zu gunsten des gewerkschaftlichen Revisionismus.“ Dieser Sieg der Gewerkschaften ist überaus bezeichnend für die innerhalb der Partei des Umsturzes eingetretene Machtverschiebung. Nicht der von Bebel in Dresden mit Keulen erschlagene Revisionismus als solcher hat die Oberhand gewonnen. Dieser wird im Grunde doch nur von einem Konventikel mehr oder minder einflußloser Literaten repräsentiert, die zudem nicht einmal in ihrer Art ganz prinzipienfest sind. Hat doch z. B. Bernstein in demselben Augenblick, wo seine Stellung in der Partei infolge seines Revisionismus kritisch zu werden begann, kein Bedenken getragen, sich im stramm revolutionären Sinne umzukrempeln und die Massenstreikagitation in Erbpacht zu nehmen. Anders der gewerkschaftliche Revisionismus, der in starker Machtfülle auf den Plan trat, sich immer konsequent geblieben ist und sogar dem „Diktator“ freimütig ins Gesicht zu sagen wagte, daß „Generalstreik Generalunsinn“ ist. Die Gewerkschaften mit ihrer auf praktische Arbeitsleistung gerichteten Tendenz und ihren wohlgefüllten Kassen bekamen es bei aller Uebereinstimmung mit der politischen Partei des Umsturzes in dem revolutionären Grundziel, der Aufhebung des Privateigentums und der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, bald satt, als finanzielle Schlachtopfer für machtpolitische Ausstände zu dienen, die der Parteivorstand über ihren Kopf hin anzuzetteln beliebte, und machten deshalb zuerst in der Massenstreikfrage gegen den Standpunkt des Parteivorstandes entschieden Front. Das hatte zur Folge, daß der blind wütende Bebelsche Radikalismus auf dem Parteitage in Mannheim die erste entscheidende Niederlage erlitt, nachdem er in Jena noch einmal scheinbar triumphiert hatte. Nach dem Verluste des Mannheimer Treffens konnte auch die Unterwerfung des Parteivorstandes unter den Willen der Gewerkschaften in der Frage der Maifeier nur noch eine Frage der Zeit sein. Die Gewerkschaften hatten ihre Karten so sicher gemischt, daß sie das Spiel fest in der Hand hielten und dem Parteivorstande keine Möglichkeit des Gewinnens der Partie mehr übrig blieb. So mußte dann das unausbleibliche Ende kommen, wie es gekommen ist, indem der Parteivorstand durch den Befehl zur „Abrüstung der Maifeier“ an sich selbst das Harakiri vollzog. Wer den Schaden hat, braucht bekanntlich für den Spott nicht zu sorgen. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften bestätigt die Wahrheit dieses alten Erfahrungssatzes, indem es dem sozialdemokratischen Parteivorstande voll höhnisch-boshafter Herablassung seine „volle Anerkennung“ ausspricht und die von diesem selbstverständlich nicht geteilte Hoffnung hinzufügt, „daß die dringende Mahnung zur Vorsicht in den Kreisen der „Genossen“ ernste Beachtung finden werde“. Demnach darf jetzt der Sieg des gewerkschaftlichen Revisionismus über den sozialdemokratischen Parteivorstand als endgültig betrachtet werden. Ueber den Parteivorstand, der die Revolution auf Knall und Fall in Reinkultur betreibt, ist ein Mächtigerer gekommen, nicht weniger revolutionär in dem Endziele der Beseitigung der herrschenden Produktionsweise, aber vernünftiger in der Bewertung der praktischen Notwendigkeiten und deshalb vorsichtiger in der Taktik, planvoller in der Auswahl der Mittel, bedächtiger in der Abwägung von Preis und Einsatz! Das ist die auch für bürgerliche Kreise interessante Nutzanwendung, die sich aus der eklatanten Niederlage des sozialdemokratischen Parteivorstandes in der Frage der Maifeier ergibt.

Neueste Drahtmeldungen vom 23. April.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Etats des Reichsjustizamts wird fortgesetzt. — Abg. Kreth (kons.) weist die vielfach beliebten Angriffe auf Preußen zurück. Die Herren im Süden kennen Preußen nicht. (Lachen links.) Redner wendet sich dann gegen die Erweiterung der Immunität der Abgeordneten, äußert seine Genugtuung darüber, daß jetzt endlich Hoffnung auf beschleunigteren Gang der amtsgerichtlichen Prozeßverhandlungen sei und legt Verwahrung ein gegen die Aeußerung des Abg. Junck von Parteien, die es mit der Sozialpolitik „ehrlich“ meinten. Da der Gegensatz hierzu Parteien seien, die es „nicht ehrlich“ meinten, so gefährde solche Aeußerung das Block-Verhältnis. Redner geht danach auf die Ausführungen Heines ein und betont, wie die sozialdemokratische Presse alles heruntermache, was der Mehrheit des Volkes heilig sei. Gegen die Blasphemien in der sozialdemokratischen Presse sollte der Staatssekretär vorgehen. Habe doch sogar der „Vorwärts“ die Königin Luise eine intrigante Persönlichkeit genannt! Das ist eine Schamlosigkeit! (Abg. Stadthagen ruft: Sehr richtig!) Sie sollten sich schämen, Herr Stadthagen! (Ruf Stadthagens: Unverschämt!) Von einem Stadthagen unverschämt genannt zu werden, ist mir eine Ehre. (Lebhafter Beifall rechts, Unruhe links. Präsident Graf Stolberg, lebhaft die Glocke bewegend, ruft, nachdem er endlich Ruhe geschafft, den Abgeordneten Stadthagen zur Ordnung wegen des Zwischenrufes „unverschämt“.) Die Namen aller der Redakteure, die sich so etwas erlauben, sollten veröffentlicht werden; es würde sich dann herausstellen, daß die meisten derselben mit uns keine Rassengemeinschaft haben. (Lebhafter Beifall rechts.) — Abg. Prinz Carolath (natl.) befürwortet die von seinen Freunden eingebrachte Resolution wegen Regelung des Automobilverkehrs. — Staatssekretär Nieberding: Die Regierungen teilen die Auffassung, daß neben einer Regelung des Automobilverkehrs auch die Regelung der Haftpflichtfrage notwendig sei. Es ist ja dem vorigen Reichstage auch schon ein Entwurf vorgelegt worden, aber hier unerledigt geblieben. Auf Grund der in Vorbereitung befindlichen Statistik, die im Herbste wohl vollständig vorliegen wird, werden wir über neue Haftpflicht-Vorschläge Stellung nehmen können, zumal dann auch mit der seit Oktober vorigen Jahres in Kraft befindlichen neuen Verkehrsordnung einjährige Erfahrungen gesammelt sein werden. — Abg. v. Oertzen (Reichsp.) erörtert die Notwendigkeit, die Behandlung geisteskranker Personen, die sich strafbar gemacht haben, zu regeln. Was den Zeugniszwang für Redakteure anlangt, so stehe er auf dem Standpunkt des Abgeordneten Müller-Meiningen. Es sei unmoralisch, wenn ein Redakteur seinen Gewährsmann nennt. Und zu einer unmoralischen Handlung darf ein Richter niemanden zwingen. (Beifall links.) — Ein Antrag auf Debatteschluß wird angenommen. Die Resolution Bassermann betr. Haftung des Staates für Versehen von Staatsbeamten wird mit 130 gegen 128 Stimmen abgelehnt, da Rechte und Zentrum geschlossen dagegen stimmen. Die Resolution des Zentrums betr. Haftung des Reiches für Versehen von Reichsbeamten wird dagegen mit großer Mehrheit angenommen. Weiter gelangen zur Annahme die Resolutionen von Treuenfels wegen Abschwächung der Tierhalter-Haftung und die Resolution von Maltzan betreffend Automobil-Haftung. Ebenso die Resolutionen betreffend Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses, betreffend Sicherung der Bauhandwerker-Forderungen, betreffend Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten und betreffend gleichmäßige Zuziehung aller Stände zum Geschworenen- und Schöffendienste und zu dem Behufe Zahlung von Diäten an Schöffen und Geschworene. — Der Titel Staatssekretär wird genehmigt. — Bei einem weiteren Titel kommt Abg. Stadthagen auf die Frage der Konkurrenzklausel gegenüber Angestellten und der dabei ausbedungenen hohen Konventionalstrafen zurück. — Staatssekretär Nieberding erwidert, daß auch zu der erneuten Prüfung der Frage der Konkurrenzklausel Sachverständige herangezogen werden. — Abg. Bassermann (nat.-lib.) hält mit seinen Freunden möglichste Einschränkung der Anwendung der Konkurrenzklausel gegenüber Angestellten, Technikern und Arbeitern für geboten; die Anwendung solle nur die Ausnahme sein. — Abg. Heckscher (freis. Ver.) wünscht See-Schöffengerichte, die es ermöglichen, daß der Seemann sofort, sobald er an Land kommt, mit allen Zeugen vor Gericht gebracht wird. Jetzt befinde er sich in